

DRINGLICHE INTERPELLATION von Hans-Jacob Heitz (FDP, Winterthur) Prof. Kurt Schellenberg (FDP, Wetzikon) und Thomas Isler (FDP, Rüslikon)

betreffend

Berufsbildung und Lehrstellensituation

Bekanntlich steht heute einer wachsenden Zahl von Schulabgängern eine real geschrumpfte Zahl an Lehrstellen gegenüber. Vom derzeit und sich auch in der nahen Zukunft abzeichnenden Arbeitsplatzabbau bleiben die Lehrstellen nicht verschont. Bislang war man sich in breiten Kreisen einig, dass das Schweizer Berufsbildungssystem mit der Meisterlehre eine strategische Erfolgsposition für den Wirtschaftsstandort Schweiz und Garant für den Nachwuchs qualifizierter Fachkräfte sei. Mit Berufsmatura und Fachhochschulen soll dieses System gefestigt werden. Diesen Bestrebungen von Sozialpartnern und Gesetzgeber steht nun der spürbare Abbau von Lehrstellen gegenüber. Oft werden Lehrstellen nicht allein wegen der Kosten sondern insbesondere wegen der administrativen Umtriebe gestrichen. Arbeitgeber also, welche trotz schwieriger Wirtschaftskonjunktur weiterhin Lehrstellen führen, sind im harten Konkurrenz- und Preiskampf benachteiligt. Auch hört man von der Furcht vor der moralischen Verpflichtung Lehrlinge/Lehrtöchter nach Lehrabschluss weiterbeschäftigen zu müssen.

Diese Entwicklung birgt die Gefahr, dass in naher Zukunft der Nachwuchs an qualifizierten Fachkräften fehlen wird. Dies ist nicht nur bildungs- und wirtschaftspolitisch, sondern immer mehr auch ordnungs- und staatspolitisch bedenklich, wenn es nicht gelingt die Jugendlichen nach deren Ausbildung in die Arbeitswelt integrieren zu können.

Da bereits seit einigen Jahren immer mehr Jugendliche gehalten waren, statt des Antritts einer Lehre eine Zusatzausbildung, ein Auslandjahr oder ein Praktikum in Angriff zu nehmen, konkurrenzieren sich heute mehrere Jahrgänge auf dem Lehrstellenmarkt, was einen Stauereffekt bewirkt. Diese Überbrückungsmöglichkeiten scheinen ausgereizt.

Die Interpellanten wissen, dass Regierungsrat und die Sozialpartner dieses Problem bereits erkannt und erste Gespräche geführt haben. Auch ist Ihnen klar, dass das Angebot von Lehrstellen Sache der Privatwirtschaft ist. Das Problem ist indes akut geblieben und spitzt sich zu; weitere Sofortmassnahmen sind angebracht.

In diesem Zusammenhang erlauben sich die Interpellanten dem Regierungsrat die folgenden Fragen zu unterbreiten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die aktuelle und mittelfristige Entwicklung am Lehrstellenmarkt?
2. Was für Auswirkungen hat die heutige Situation am Lehrstellenmarkt auf Berufsbildung und Arbeitsmarkt?
3. Was für Massnahmen hat der Regierungsrat bereits ausgelöst bzw. beabsichtigt er noch auszulösen?
4. Ist der Regierungsrat bereit, zwecks Schaffung von Lehrstellen Anreize zu schaffen wie bspw. steuerliche Begünstigung, Abbau von administrativen Hemmnissen und Bevorzugung von Unternehmen mit Lehrstellen beim öffentlichen Submissionswesen bei gleichwertigem Angebot?
5. Wie gedenkt der Regierungsrat die Attraktivität der Meisterlehre (auch mit Berufsmatura) bei Jugendlichen, Eltern und Volksschullehrern zu fördern?
6. Ist der Regierungsrat bereit, mit Wirtschaftsvertretern/ Sozialpartnern an einen Tisch zu sitzen und hiefür zu einer Art "Lehrstellenkonferenz" einzuladen?

Hans-Jacob Heitz
Prof. Kurt Schellenberg
Thomas Isler

Dr. A. Heinimann
Th. Schaub
Dr. B. Gubler
E. Schibli
F. Troesch-Schnyder
H.P. Amstutz
W. Scherrer

H.R. Hartmann
Dr. J. Rappold
F. Frey-Wettstein
W. Schwendimann
Dr. W. Hegetschweiler
S. Huggel
K. Schreiber

I. Stirnimann
M. Baumgartner
Dr. R. Pfister
Dr. D. Weber
M. Mossdorf
N. Bolleter

Begründung:

Die Interpellation wurde anlässlich der Dringlicherklärung mündlich begründet

